

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher neue Zeitung. 1947-1949 1948

30 (15.3.1948)

Süddeutsche Allgemeine

KARLSRUHER NEUE ZEITUNG

Erscheinungstage: Montag, Mittwoch und Freitag. — Einzelpreis RM — 30, monatlicher Bezugspreis RM 2.30 (inkl. RM — 30 Trägergebühr, bei Zustellung durch die Post RM 2.80 zuzüglich Zustellgebühr.

Anzeigenpreis: Die 35 mm br. Nonop-Zeile Karlsruher Ausgabe RM 1.50; Pforzheimer Ausgabe und Württembergisches Abendblatt je RM 1.—; Gesamtanfrage RM 2.—, Amtl. Anzeigen 50% Nachsch.

2. Jahrgang / Nummer 30

Montag, den 15. März 1948

Einzelpreis 20 Pfennig

US-Senat billigt ERP

5,3 Milliarden Dollar für das erste Jahr vorgesehen

Washington, 14. März (AP) Nach einer mehr als stündigen dramatischen Sitzung nahm der amerikanische Senat Samstag den Gesetzentwurf über die Europahilfe mit 89 gegen 17 Stimmen an. Die Vorlage, die für das erste Jahr der Europahilfe eine Summe von 5,3 Milliarden Dollar vorsieht, wird jetzt dem Repräsentantenhaus unterbreitet. Es ist anzunehmen, daß die trotz wahrnehmbarer Bemühungen, die Summe zu reduzieren, auch dort gebilligt wird.

Der Senat nahm die Vorlage in ungeführ der Form an, in der sie von Senator Arthur Vandenberg und Senator Tom Connally eingebracht worden war. Alle Zusatzartikel, die wesentliche Änderungen bedeuten könnten, konnten mit genügender Stimmenzahl abgewiesen werden.

Am Sonnabend wurden die letzten beiden Hürden für die Annahme des Programms beseitigt. Ein Zusatzantrag sah eine vortreffliche internationale Körperschaft der Teilnehmerstaaten vor, die sich zu bewaffnetem Beistand gegen Aggression und Unsturz verpflichten sollten.

Ein weiterer Antrag wollte eine internationale Körperschaft zur Finanzierung des Wiederaufbaus errichten. Der außenpolitische Ausschuß des Senats wird sich zumehr am Montag den Plänen über die China-Unterstützung und die Griechenland- und Türkeihilfe zuwenden. In einer geschlossenen Sitzung wird voraussichtlich Außenminister Marshall als erster seine Ansichten darlegen.

Rußland soll sich verantworten
Washington, 14. März. (DENA-DNS) Besuche des US-Außenministeriums bezogen mit dem Studium der Forderung Chiles, wonach sich die Sowjetunion vor dem UN-Sicherheitsrat gegenüber den Beschuldigten verantworten sollte, daß der kommunistische Staatsteil in der Tschechoslowakei durch Moskau inszeniert sei. Redirektor des Vereinten Staates, falls überhaupt eine getroffen würde, durch den Handlungsbereich der USA bei den Vereinten Nationen, W. Austin, bekanntgegeben werden würde.

Gouverneure gegen Truman
Washington, 14. März. (DENA-REUTERS) Die Gouverneure der Gouverneure der 48 Staaten sprachen sich am Samstag einmütig gegen eine erneute Kandidatur Trumans für die Präsidentschaftswahlen aus. Die Konferenz empfahl den Wählern der Südstaaten, bis zum letzten Mann gegen die Kandidatur von Truman zu kämpfen, die das Programm Trumans unterstützen, in dem die Beseitigung aller Einschränkungen gegen die Neger gefordert wird.

Arabische Staaten beschuldigt
New York, 14. März. (DENA-REUTERS) Die Jewish Agency bezweifelte dem Sicherheitsrat und der UN-Palästina-Kommission am Sonntag als Memorandum, in dem die arabischen Staaten, besonders die Libanesen, die Chiraken in Palästina zu schüren, Großbritannien wird in dem Memorandum einer unerwarteten Pflichtverletzung beschuldigt, weil es die Verletzung der palästinensischen Grenzen gestatte.

Vorbereitungen in Finnland
Helsinki, 14. März. (DENA) Der finnische Staatspräsident Juho Paasikivi hatte laut AFP am Samstag eine Unterredung mit dem sowjetischen Botschafter in Finnland, General Savonkrow, und berief unmittelbar danach die finnische Botschaft zu einer Sitzung zusammen. Der finnische Ministerpräsident Matti Paasikivi gab laut Reuters in einer Rundfunkansprache bekannt, daß die finnische Delegation vor Verhandlungen über einen militärischen Beistand- u. Freundschaftsvertrag mit der Sowjetunion in Moskau ihre Arbeit am 22. März aufnehmen wird.

Welt-Rundschau
NEW YORK (AP). 14 in New York erscheinende Tageszeitungen werden vielfach am Ende dieses Monats nur in Form von vervielfältigten Schreibmaschinenschriften erscheinen können, wenn die 3500 Drucker tatsächlich in 7/8 Stück fertig.
LONDON (AP). Prinzessin Helena Victoria, eine Tochter Königs George VI. und Enkelin der Königin Victoria, starb im Alter von 77 Jahren.
PARIS (Dena-Reuters). Zwischen Kommunisten und Gaullisten brach bei einer Versammlung der geistlichen Volkskammer in Thiers eine heftige Schlägerei aus.
KOPENHAGEN (AP). Bewaffnete Personen drangen in der dänischen Stadt Odense in das kommunistische Parteibüro ein und nahmen die Mitglieder gefangen.
ASHVILLE, North Carolina (Dena-INS). Bei einem Gewitter in der Nähe von Asheville kamen neun Frauen in den Flammen um.
MONTREAL (AP). Beim Entladen eines Lastwagens mit Granaten explodierten diese und verletzten zwölf Arbeiter tödlich.
BARCELONA (AP). Ein Militärgericht in Barcelona verurteilte fünf Soldaten bis zu 30 Jahren über 60 Angeklagte, denen militärische Putschversuche zur Last gelegt wurden.
PEKING (AP). Chinesische Kommunisten hatten in Szechuan seit November vergangenes Jahres 84 katholische Missionare in Haft.

LaFollette: „Kampf für Moral und Frieden“

Stuttgart, 14. März (DENA) In einer vom Landtag veranstalteten Erinnerungsfest gedachten der Direktor der amerikanischen Militärregierung für Württemberg-Baden, Charles M. LaFollette und der Präsident des württembergischen badischen Landtages, Wilhelm Kell, der Revolution von 1848.

In einer Ansprache bezeichnete LaFollette die gesetzgebenden Körperschaften aller Art als die Institutionen, die heute das Schicksal der Welt in ihren Händen halten. Wenn sie versagen, falle die Demokratie. „Im Namen der Welt“, sagte der Direktor der Militärregierung, „rufe ich Sie hier in Württemberg-Baden auf zum Kampf für Moral und Frieden und ich habe bereit, mich mit meinen geistlichen und körperlichen Kräften und meiner Energie an Ihre Seite zu stellen.“ Wir stehen heute wieder vor demselben Problem wie unsere Vorfahren vor hundert Jahren, meinte Landtagspräsident Kell. Wieder sei die Einheit und Freiheit Deutschlands das dringlichste Problem. Wenn auch die Zeit inzwischen fortgeschritten sei, so seien die großen Menschheitsprinzipien, das Recht auf persönliche Freiheit, die Freiheit geblieben. Indem man sich zu diesen Prinzipien bekennen, ohne man zugleich die Freiheit der Presse von 1848 und heute damit zum Ausdruck, daß die Deutschen nicht außerhalb, sondern innerhalb der Menschheit leben wollten.

Die CSR nahm Abschied von Jan Masaryk
Beneš zum erstmalig wieder vor der Öffentlichkeit
Prag, 14. März. (DENA) „Ich kann bezweigen, daß sich Masaryk von ersten Tag der Regierungskrise an von den Urhebern dieser Krise eindeutig distanzieren“, sagte laut AFP der tschechoslowakische Ministerpräsident Klement Gottwald am Samstag durch Selbstmord eines Leben gekennzeichneter Außenministers Jan Masaryk.

Der tschechoslowakische Staatspräsident, Eduard Beneš, zeigte sich mit seiner Teilnahme an den Trauerfeierlichkeiten im Festspielhaus-Nationalmuseum seit Beginn der Regierungskrise zum erstenmal wieder in der Öffentlichkeit.

„Entschlossene Haltung gegen UdSSR nötig“
Byrnes verlangt Handeln und nicht nur Protestnoten
Charlesston (Südkarol.), 14. März. (DENA-REUTERS) Der ehemalige amerikanische Außenminister, James F. Byrnes, erklärte am Sonnabend in seiner Heimatstadt: Der sowjetischen Regierung sollte im Falle einer Bedrohung der Unabhängigkeit von Italien, Frankreich, Griechenland oder der Türkei mitgeteilt werden, daß die Vereinten Staaten handeln und nicht nur schriftlich protestieren würden. Byrnes wies darauf hin, daß Präsident Truman vor einem Jahr bei der Einführung seiner Doktrin diesen Ländern versichert hat, daß die USA bei einer direkten oder indirekten Bedrohung ihrer Unabhängigkeit eingreifen würden. Die Hoffnung, daß mit einer vollständigen Abschließung der Tschechoslowakei und Finnlands die Sowjetunion befriedigt sein werde, sei völlig unehrlich. Ich befürchte, der Krell ist zu dem Entschluß gekommen, daß das Aufbauen dieser beiden Länder in jedem Fall ein wesentlicher Teil seines Expansionsprogramms ist.“ Der Krell wird diese Abschließung so schnell wie möglich durchführen, damit er zur Verfolgung anderer Expansionsprojekte, die, wie die Sowjets wissen, schwieriger und gefährlicher sein werden, freie Hand hat.“

Die Truman-Doktrin, so sagte Byrnes, sei die Politik der Vereinten Staaten. Die sowjetische Besetzung habe die versprochen oder sei zu dem Schluß gekommen, „wir werden, wie im Falle Ungarn und der Tschechoslowakei, nicht mehr tun als protestieren. Es ist unsere Pflicht, die sowjetische Regierung wissen zu lassen, daß sie sich durch unser Verhalten in diesen beiden Fällen nicht freisetzen lassen darf, und daß, wenn die Unabhängigkeit dieser vier Länder (Italien, Frankreich, Griechenland oder der Türkei) oder irgendeines anderen Landes durch die Zwangsmethoden bedroht wird, welche die Sowjets in anderen Ländern angewandt haben, wir keine Protestnoten schreiben werden — wir werden handeln. Wenn die Sowjets zu der Ansicht kommen, daß wir wirklich meinen, was wir sagen, glaube ich zuversichtlich, daß sie steuern werden, ihre Bemühungen weiter fortzusetzen, ganz Europa unter ihre Herrschaft zu bringen.“

Gegen eine endgültige Teilung Deutsch'ands

Rat der Evangelischen Kirchen bittet um Erhaltung des Friedens

Stuttgart, 14. März. (SAZ). Wie das Hauptbüro des Evangelischen Hilfswerks am Mittwoch, hat in Kassel der Rat der Evangelischen Kirchen Deutschlands folgenden Entschluß gefaßt: „Die Ereignisse der letzten Monate haben unser deutsches Volk vor eine Frage von ungeheurer Ernst gestellt. Schon in den letzten Jahren war die Grenze zwischen westlichem und östlichem Besatzungsgebiet mehr und mehr zu einem Hindernis für die äußere und innere Gesundheit des deutschen Volk geworden. Jetzt stehen wir in der Gefahr, daß Deutschland auf die Dauer in verschiedene Teile von ungleicher wirtschaftlicher, sozialer und geistiger Gestalt auseinandergerissen wird. Das ist eine Lage, die uns nötigt, mahnd und bittend unsere Stimme zu erheben. Denn hier geht es um den Frieden. Es ist wider den Willen Gottes, wenn die Völker immer wieder aufs neue übereinander herfallen und Millionen von Toten auf den Schlachtfeldern lassen.“

Friede kann nur dort sein, wo die Völker die Verhältnisse, unter denen sie leben, als gerecht und gesund oder doch wenigstens als erträglich empfinden. Kein Volk der Erde aber kann jemals zur Ruhe kommen, wenn mitten durch sein Land eine willkürliche Grenze gezogen wird, durch ein Diktat auswärtiger Mächte. Gewalttätige Aufspaltung, verbunden mit verschiedenen Wirtschaftsformen, mit verschiedener politischer Orientierung, vielleicht auch mit verschiedenen Währungen, führt dazu, daß jeden Tag Gesetze übertreten und neue Mittel erdacht werden, um die Verbindung mit der anderen Seite zu gewinnen. Schmutzige und Schleichhändler sind die tragische Folge. Jede Achtung vor dem Gesetz wird untergraben. Alle Bemühungen des stiftlichen Zustandes des Volkes zu heilen, bleiben vergeblich. Schon jetzt sind das moralische Niveau der deutschen Bevölkerung infolge des unnatürlichen Zwanges, unter dem sie leben muß, immer weiter ab. Eine endgültige Teilung Deutschlands würde alle Versuche, Ehrlichkeit u. Wahrhaftigkeit wieder zu gewinnen, bis zur Unmöglichkeit erschweren.“

Der Aufruf ist unterzeichnet von den Landesbischofen D. Theophil Wurm, D. Dibelius, Ammonsen und D. Niemöller sowie dem Leiter der Evangelischen-freikirchlichen Gemeinden, der Evangelischen Gemeinschaft der Methodisten, Kirche der Altkatholischen Kirche und der Vereinigung der Deutschen Mennonitengemeinden. E.

Westunion „ohne Beispiel“

Verteidigungsmaßnahmen gegen jeden Angreifer vorgesehen

Brüssel, 14. März. (AP) Großbritannien, Frankreich und die Benelux-Länder einigten sich am Freitag auf einen Vertragentwurf zur Errichtung einer ständigen regionalen Union, „die in der Geschichte Europas ohne Beispiel ist“, wie es in der Schlußklärung einer hochgestellten zuständigen Persönlichkeit heißt. Sobald der Vertrag von den Parlamenten ratifiziert ist, verpflichtet er die Unterzeichnermächte, ihre Produktion, die europäische Verteidigung, ihren Lebensstandard, ihre Rechtssysteme und ihren Handel miteinander in Einklang zu bringen. Er bildet die Grundlage für eine europäische Union die nur europäischen Ländern offen steht. Jedes Land, das beitreten möchte, muß die Zustimmung aller Mitglieder dazu haben und sich seinerseits zur Anpassung an die anderen Mitglieder der Union in wesentlichen Fragen auf allen Gebieten nationalen Lebens verpflichten.

Ein außereuropäisches Land wie die Vereinigten Staaten wird, wenn es mit der Union zusammenarbeiten will, mit ihr als einem Ganzen zu tun haben. Wie die Associated Press zuverlässig erfährt, wird der Vertrag weit über das hinausgehen, was seine Urheber ursprünglich im Sinne hatten, er wurde als „der Beginn einer neuen Ära in Europa“ bezeichnet, hervorgegangen aus der Be-

segnung „des britischen politischen Internationalismus“ der französischen Internationalen Sorgfalt und der Geschäftsmöglichkeit der Benelux-Länder.“

Obgleich Deutschland als möglicher Angreifer in dem Teil des Vertrags, der die Verteidigung betrifft, namentlich Maßnahmen keineswegs gegen Deutschland allein, sondern gegen jeden Angreifer vorgesehen.

Paktunterzeichnung am Mittwoch
Brüssel, 14. März. (DENA-REUTERS) Der Fünf-Mächte-Pakt für eine westeuropäische Union wird am kommenden Mittwoch von den Außenministern der fünf Mächte — Frankreich, Großbritannien, Belgien, Holland, Luxemburg — unterschrieben werden.

Griechenland interessiert
Athen, 14. März. (DENA-REUTERS) Ein Sprecher des griechischen Außenministeriums gab bekannt, Griechenland habe die Möglichkeit erkundet, sich dem Fünf-Mächte-Westunionpakt, der in Brüssel unterschrieben werden soll, anzuschließen.

„Westeuropäischer Rat“ gewüncht
London, 14. März. (DENA) Die Bildung eines „Westeuropäischen Rates“, der die Wirtschafts-, Sozial- und Militärpolitik der Mittelmeerstaaten koordinieren soll, wurde am Samstag laut AFP dem britischen Unterhaus von 32 Abgeordneten aller Parteien in einer Resolution vorgeschlagen. Der Westeuropäische Rat soll außerdem den Handel zwischen den Mittelmeerstaaten entwickeln und die Währungsbedingungen stabilisieren.

Hollands Polizei verstärkt
Den Haag, 14. März. (AP) Die holländische Regierung gab bekannt, daß zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit im Lande die niederländische Staatspolizei, die gegenwärtig 7000 Mann umfaßt, um 10 000 Freiwillige verstärkt werden soll. Außerdem ist die Verdoppelung der 13 000 Mann starken städtischen Polizeikräfte vorgesehen.

Schnellzug beschlossen
Nürnberg, 14. März. (DENA) Der Schnellzug Stuttgart-Nürnberg wurde, wie erst jetzt bekannt wird, am Abend des 5. März, kurz vor seiner Ankunft in Nürnberg in der Gegend von Oberbach beschossen. Die Bahnpolizei vermutet, daß der Schuß aus einem in dieser Gegend nahegelegenen Verschiepplager abgegeben wurde.

Durch das motorisierte Schnellkommando der Bahnpolizei wurde in der Nacht zum 13. März ein Sprengstoffattentat auf die Eisenbahnlinie zwischen Mithelfeld und Ranna verhindert.

Noch keine Auswanderungsmöglichkeit nach Australien
Berlin, 14. März. (DENA) Die Pläne der australischen Regierung, Angehörigen ehemaliger Feindstaaten die Einwanderung nach Australien zu gestatten, beziehen sich, wie aus einer Stellungnahme der australischen Militärmission in Berlin hervorgeht, nicht auf Deutschland oder Österreich. Bis zur Unterzeichnung der jeweiligen Friedensverträge ist eine allgemeine Auswanderung von Deutschen oder Österreichern nach Australien nicht möglich.

Deutschland-Rundschau

VEREINTE WESTUNION:
Stuttgart (Dena). Das Landeshochschulprüfungsamt in Württemberg-Baden, das sich bisher in Stuttgart befand, wird jetzt nach Ludwigsburg verlegt, nachdem dort durch Luftschlag eines westlichen Luftstreitkräfte ehemalige Kasernenbauten fertiggestellt sind.
Frankfurt (Dena). Die holländische Konsul in Frankfurt beauftragt mit 14 gegen 2 Stimmen Dr. Hermann Frieder in seinem Amt als Vorsitzender des Verwaltungsrates.
Leverkusener (Dena). Bei der Durchsicht eines Levertensens Testverfahrens schickte beschuldigte die Polizei etwa 13 Lastwagen voll gehorteter Textilien. Ferner werden bei dem Geschäftshaber, der seinen Lagerhof für das Sprinkennormgesetz nicht abgegeben hatte, 2 Zentner Seid, 1 Zentner Schmalz und 100 Gläser Fleisch und Kohlensäure gefunden.
Düsseldorf (wkt). Eine Staatsschule für Glas- und Keramikindustrie, die auf Veranlassung von Ministerpräsident Arnold von Neufahrn-Westfalen errichtet wurde, ist am 12. März in Betrieb genommen worden.
Sonderkohlens (wkt). Die Bauern von Sonderkohlens waren nicht wenig erfreut, als eine Kuh ein Kalb zur Welt brachte, das nicht nur zwei Köpfe, sondern auch zwei Schwänze und sechs Füße hatte. Das seltsame Tier lebte aber nicht lange am Leben.
VERZONENSTADT BERLIN:
Berlin (Dena). Nach den neuesten Zahlen über die Entlohnung des IG-Farben-Konzerns, die im Januarbericht der amerikanischen Militärregierung veröffentlicht wurden, sind 10 1/2 % der Lohnarbeit in amerikanischen Besatzungsbetrieben vorhanden 10 Werke, Treibhölzer errichtet worden.

Westunion „ohne Beispiel“

Verteidigungsmaßnahmen gegen jeden Angreifer vorgesehen

Brüssel, 14. März. (AP) Großbritannien, Frankreich und die Benelux-Länder einigten sich am Freitag auf einen Vertragentwurf zur Errichtung einer ständigen regionalen Union, „die in der Geschichte Europas ohne Beispiel ist“, wie es in der Schlußklärung einer hochgestellten zuständigen Persönlichkeit heißt. Sobald der Vertrag von den Parlamenten ratifiziert ist, verpflichtet er die Unterzeichnermächte, ihre Produktion, die europäische Verteidigung, ihren Lebensstandard, ihre Rechtssysteme und ihren Handel miteinander in Einklang zu bringen. Er bildet die Grundlage für eine europäische Union die nur europäischen Ländern offen steht. Jedes Land, das beitreten möchte, muß die Zustimmung aller Mitglieder dazu haben und sich seinerseits zur Anpassung an die anderen Mitglieder der Union in wesentlichen Fragen auf allen Gebieten nationalen Lebens verpflichten.

Ein außereuropäisches Land wie die Vereinigten Staaten wird, wenn es mit der Union zusammenarbeiten will, mit ihr als einem Ganzen zu tun haben. Wie die Associated Press zuverlässig erfährt, wird der Vertrag weit über das hinausgehen, was seine Urheber ursprünglich im Sinne hatten, er wurde als „der Beginn einer neuen Ära in Europa“ bezeichnet, hervorgegangen aus der Be-

segnung „des britischen politischen Internationalismus“ der französischen Internationalen Sorgfalt und der Geschäftsmöglichkeit der Benelux-Länder.“

Obgleich Deutschland als möglicher Angreifer in dem Teil des Vertrags, der die Verteidigung betrifft, namentlich Maßnahmen keineswegs gegen Deutschland allein, sondern gegen jeden Angreifer vorgesehen.

Paktunterzeichnung am Mittwoch
Brüssel, 14. März. (DENA-REUTERS) Der Fünf-Mächte-Pakt für eine westeuropäische Union wird am kommenden Mittwoch von den Außenministern der fünf Mächte — Frankreich, Großbritannien, Belgien, Holland, Luxemburg — unterschrieben werden.

Griechenland interessiert
Athen, 14. März. (DENA-REUTERS) Ein Sprecher des griechischen Außenministeriums gab bekannt, Griechenland habe die Möglichkeit erkundet, sich dem Fünf-Mächte-Westunionpakt, der in Brüssel unterschrieben werden soll, anzuschließen.

„Westeuropäischer Rat“ gewüncht
London, 14. März. (DENA) Die Bildung eines „Westeuropäischen Rates“, der die Wirtschafts-, Sozial- und Militärpolitik der Mittelmeerstaaten koordinieren soll, wurde am Samstag laut AFP dem britischen Unterhaus von 32 Abgeordneten aller Parteien in einer Resolution vorgeschlagen. Der Westeuropäische Rat soll außerdem den Handel zwischen den Mittelmeerstaaten entwickeln und die Währungsbedingungen stabilisieren.

Hollands Polizei verstärkt
Den Haag, 14. März. (AP) Die holländische Regierung gab bekannt, daß zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit im Lande die niederländische Staatspolizei, die gegenwärtig 7000 Mann umfaßt, um 10 000 Freiwillige verstärkt werden soll. Außerdem ist die Verdoppelung der 13 000 Mann starken städtischen Polizeikräfte vorgesehen.

Schnellzug beschlossen
Nürnberg, 14. März. (DENA) Der Schnellzug Stuttgart-Nürnberg wurde, wie erst jetzt bekannt wird, am Abend des 5. März, kurz vor seiner Ankunft in Nürnberg in der Gegend von Oberbach beschossen. Die Bahnpolizei vermutet, daß der Schuß aus einem in dieser Gegend nahegelegenen Verschiepplager abgegeben wurde.

Durch das motorisierte Schnellkommando der Bahnpolizei wurde in der Nacht zum 13. März ein Sprengstoffattentat auf die Eisenbahnlinie zwischen Mithelfeld und Ranna verhindert.

Noch keine Auswanderungsmöglichkeit nach Australien
Berlin, 14. März. (DENA) Die Pläne der australischen Regierung, Angehörigen ehemaliger Feindstaaten die Einwanderung nach Australien zu gestatten, beziehen sich, wie aus einer Stellungnahme der australischen Militärmission in Berlin hervorgeht, nicht auf Deutschland oder Österreich. Bis zur Unterzeichnung der jeweiligen Friedensverträge ist eine allgemeine Auswanderung von Deutschen oder Österreichern nach Australien nicht möglich.

Deutschland-Rundschau

VEREINTE WESTUNION:
Stuttgart (Dena). Das Landeshochschulprüfungsamt in Württemberg-Baden, das sich bisher in Stuttgart befand, wird jetzt nach Ludwigsburg verlegt, nachdem dort durch Luftschlag eines westlichen Luftstreitkräfte ehemalige Kasernenbauten fertiggestellt sind.
Frankfurt (Dena). Die holländische Konsul in Frankfurt beauftragt mit 14 gegen 2 Stimmen Dr. Hermann Frieder in seinem Amt als Vorsitzender des Verwaltungsrates.
Leverkusener (Dena). Bei der Durchsicht eines Levertensens Testverfahrens schickte beschuldigte die Polizei etwa 13 Lastwagen voll gehorteter Textilien. Ferner werden bei dem Geschäftshaber, der seinen Lagerhof für das Sprinkennormgesetz nicht abgegeben hatte, 2 Zentner Seid, 1 Zentner Schmalz und 100 Gläser Fleisch und Kohlensäure gefunden.
Düsseldorf (wkt). Eine Staatsschule für Glas- und Keramikindustrie, die auf Veranlassung von Ministerpräsident Arnold von Neufahrn-Westfalen errichtet wurde, ist am 12. März in Betrieb genommen worden.
Sonderkohlens (wkt). Die Bauern von Sonderkohlens waren nicht wenig erfreut, als eine Kuh ein Kalb zur Welt brachte, das nicht nur zwei Köpfe, sondern auch zwei Schwänze und sechs Füße hatte. Das seltsame Tier lebte aber nicht lange am Leben.
VERZONENSTADT BERLIN:
Berlin (Dena). Nach den neuesten Zahlen über die Entlohnung des IG-Farben-Konzerns, die im Januarbericht der amerikanischen Militärregierung veröffentlicht wurden, sind 10 1/2 % der Lohnarbeit in amerikanischen Besatzungsbetrieben vorhanden 10 Werke, Treibhölzer errichtet worden.

